

29.01.2011

Maibach soll Blockade aufgeben BBB fordert Rückkehr zur politischen Sacharbeit

Bruchköbel.- Der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) verlangt von Bürgermeister Maibach (CDU), nicht länger zu versuchen, sich mit juristischen Winkelzügen aus der Verantwortung zu stehlen. Es sei auffallend, daß Maibach in letzter Zeit immer öfter versuche, mit zweifelhafter juristischer Argumentation und teuer von der Stadt bezahlten Rechtsanwälten die eigenen Unzulänglichkeiten zu verdecken und die sachpolitische Arbeit anderer Fraktionen zu behindern. Jüngstes Beispiel sei eine Anfrage dreier Stadtverordneter des BBB zum Personaleinsatz in den Kindergärten der Stadt Bruchköbel. Zuerst hatte Maibach die Antwort zugesagt und sie dann einfach nicht gegeben. Die Anfrage mußte vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt werden. Dieser Fall sei einmalig in der Geschichte Bruchköbels, und nirgendwo in Deutschland werde die Arbeit der ehrenamtlichen Stadtverordneten durch den Bürgermeister derart hartnäckig und willkürlich behindert wie in Bruchköbel. Offensichtlich fürchte Maibach die Arbeit der Opposition wirklich sehr. Völliges Unverständnis herrscht beim BBB daher darüber, daß Maibach jetzt, anstatt die Antwort endlich zu geben, gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main in die Beschwerde gehe. Nach § 149 VwGO entbinde die Beschwerde ihn nicht von der gerichtlich ausgesprochenen Verpflichtung, die Anfrage am 01.02.2011 zu beantworten. Das Verwaltungsgericht hatte den drei BBB-Stadtverordneten vollumfänglich Recht gegeben und den Magistrat verpflichtet, deren Anfrage in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 01.02.2011, teils nicht öffentlich, zu beantworten. Dabei hatte das Gericht Maibach wörtlich ins Stammbuch geschrieben: „Der Gemeindevorstand kann damit nicht zum Nachteil der Vertretungskörperschaft (Stadtverordnetenversammlung; Anm. d. Verf.) den Datenschutz des Bürgers zum Vorwand nehmen und sich durch Detailkenntnis eine Machtstellung verschaffen“. Um genau diese Arroganz der Macht gehe es jetzt tatsächlich. Denn die Argumentation des Magistrats, „sensible“ Daten vor den Stadtverordneten verbergen zu müssen, sei abwegig. Es gehe um nicht mehr, als daß der Stadtverordnetenversammlung, dem höchsten Organ der Stadt, in nicht öffentlicher Sitzung die Namen und Wochenarbeitsstunden der im Kindergartenbereich Beschäftigten mitgeteilt werden. Diese

Angaben seien erforderlich, damit überprüft werden könne, ob der Stellenplan oder die Haushaltsmittel von Maibach erheblich überschritten wurden. Maibach halte die Mitarbeiterdaten aber offensichtlich selbst nicht für schützenswert. Denn er habe im verwaltungsgerichtlichen Verfahren von 84 Mitarbeiterinnen der Kindergärten vorgefertigte Erklärungen vorgelegt, die nicht nur deren Namen, sondern auch deren private Adressen enthielten, die niemand bisher wissen wollte. Brisant seien diese 84 Erklärungen aber, weil damit klar werde, daß der Stellenplan um 10 Stellen überschritten sein müsse. Der Stellenplan 2010 weise nämlich im Bereich der Kindergärten 74 Stellen absolut aus, in denen 21 Teilzeitstellen enthalten seien. Dies wäre dann eine schwerwiegende Verletzung des Haushaltsrechts, weil der Stellenplan verbindlich von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sei und der Bürgermeister nicht darüber hinaus nach Gutsherrenart auf Kosten des Steuerzahlers Personal einstellen könne. Hieraus könnte der Stadt Bruchköbel ein jährlicher Schaden von 350.000 Euro oder deutlich mehr entstehen. Die BBB-Fraktion habe die 84 Erklärungen daher an die Kommunalaufsicht weitergeleitet .